

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 8 (1894)

168 (22.7.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-217060](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-217060)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen
des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Kennzeichnung für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Ersteinstädte
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen
Inhalts der Preisliste Seite 10 a
bei Wiederholungen Rabatt.
Bezugsstellen Nr. 4898.

Abonnement
bei Vorauszahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . . 2,10 „
für 2 Monate . . . 1,40 „
für 1 Monat . . . 0,70 „
eql. Postbefreiung.

Nr. 168.

Bant, Sonntag den 22. Juli 1894.

8. Jahrgang.

Die Gewerbeinspektion und die wirthschaftliche Lage der Arbeiter.

Ueber diesen Gegenstand bringt die „Frankf. Ztg.“ folgenden bemerkenswerthen Artikel, den wir unseren Lesern glauben nicht vorenthalten zu dürfen. Denn er rücht wohlthunend ab von dem seitens des Besalabers jenes großen Theils der freiwirtschaftlichen Presse, die immer der Arbeiterfreundlichkeit sich rühmt, aber nicht das geringste Verständnis für Sozialpolitik hat und schon in der geringsten sozialpolitischen Maßnahme eine Etappe des Zukunftschaates sieht.

Die stürzte Zeitung schreibt also:

Wie ist die allgemeine wirthschaftliche Lage der Arbeiter beschaffen? Das ist die Haupt- und Kardinalfrage bei jeder Untersuchung der Arbeiter-Verhältnisse. Ihre Beantwortung schließt im Allgemeinen diejenige einer Reihe von Einzelfragen, nach der Lohnhöhe, nach der Regelmäßigkeit der Beschäftigung, den Wohnungsverhältnissen, der Dauer der Arbeitszeit, der Beteiligung der Frauen und Kinder am Erwerbe u. s. w., ja auch die Frage nach den „sittlichen Zuständen“ in sich, weil eben die wirthschaftliche Gesamtlage das Facit aus allen diesen einzelnen Faktoren ist. In den Jahresberichten der preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten wird diesem Sachverhältnis wenig Rechnung getragen. Das liegt wohl zum Theil daran, daß die Rubrik IV. des Berichts-Schemas nicht nur die wirthschaftlichen und sittlichen Zustände, sondern außerdem noch die Wohlfahrts-Einrichtungen und „Verschiedenes“ umfaßt. Bei der jüngst an dieser Stelle erteilten Vorlesung der meisten Aufsichtsbeamten für weitläufige Darlegungen der Wohlfahrts-Einrichtungen ist es nur zu erklärlich, daß die Erörterung der wirthschaftlichen Lage zu kurz kommt. Mehrere Beamte erwähnen sie überhaupt nicht, die meisten thun sie in wenigen Zeilen ab und überlassen es dem Leser, sich aus dem übrigen Inhalt der Berichte ein Bild, so gut oder so schlecht es geht, zusammenzusetzen. Es wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht im Berichtsschema der Darstellung der „wirthschaftlichen Lage“ der Arbeiter, die man auch aus den, in diesem Punkte meist stark zur Schönfärberei neigenden Handelskammerberichten nur schwer naturgetreu zu erkennen vermag, ein eigenes Rubrum einzuräumen sei; wahrcheinlich würde schon der hierin liegende verschärfte Zwang diesem wichtigen Thema zu einer entsprechernden Behandlung verhelfen. Einen Theil der Schuld an dem gerügten Mangel trägt aber auch zweifellos der Umstand, daß die Aufsichtsbeamten von der Lebensführung des Arbeiters außerhalb der Fabrik, von seinem Thun und Treiben in seinen vier Wänden, im Familienkreise, zu wenig Kenntnis haben, ein Uebelstand, der keineswegs ohne Weiteres zurückgeführt werden soll, da der Mangel an gutem Willen oder Eifer der Beamten, sich diese Kenntnis zu verschaffen, der vielmehr hauptsächlich begründet ist in der gegenwärtig noch vorhandenen großen Verschiedenheit im sozialen Milieu des Aufsichtsbeamten und des Arbeiters. Die Zeit wird hier ohne Zweifel Besserung bringen, letztere würde aber erbedlich beschleunigt werden durch die Erfüllung des immer wieder zu erhebenden Verlangens nach Zulassung von geeigneten, in freier Wahl ihrer Genossen gewählten oder wenigstens von letzteren präferirten Arbeitern und Arbeiterinnen als Aufsichtsbeamte. Das sachliche Bedenken dieser Forderung nicht gegenüberstehen, beweist z. B. die Thatfache, daß der englische Minister des Innern, Rowbotham, unlängst die Leistungen der dortigen Fabrik-Inspektorinnen rühmend anerkannt und weitere Anstellungen weiblicher Aufsichtsbeamten in Aussicht gestellt hat und daß erst dieser Tage eine neue Fabrik-Inspektorin, Mary Anderson, angestellt worden ist. Außerdem muß aber auch hier schon hingewiesen werden auf die, wie wir später sehen werden, auch aus bringenden anderen Gründen zu fordernde Ausdehnung der Gewerbe-Aufsicht auf die Werkstätten und die Hausindustrie. Man braucht nur die diesjährigen Berichte der Gewerbeinspektoren in Oesterreich, wo bekanntlich diese Forderung schon erfüllt ist, ihre zum Theil geradezu schauererregenden Mittheilungen über die Zustände in zahlreichen Werkstätten und Hausindustriellen zu lesen, um sich von der Unabweisbarkeit dieses Postulats zu überzeugen.

So dürftig die Mittheilungen der preussischen Beamten über die wirthschaftlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung aber sind, so lassen sie gleichwohl auch in diesem Berichtsjahre wieder nur allzu deutlich erkennen, daß eine ausführlichere Darlegung im Allgemeinen recht unerfreuliche Bilder enthielten würde. Nach der Gesamtlage von Industrie und Handel, die ja noch bis auf den heutigen Tag nicht weniger als glänzend ist, wenn auch die darin Beschäftigten die Virtuosität der großgrundbesitzenden Großgrundbesitzer im

„Schreien“ nicht erreicht haben, war ja etwas anderes auch nicht zu erwarten.

Im Allgemeinen kann man auf Grund der Berichte sagen, daß die wirthschaftliche Lage der Arbeiter gegen das vorhergehende Berichtsjahr keine wesentliche Veränderung erlitten, sogar hier und da infolge der niedrigeren Preise der nothwendigsten Lebensmittel namentlich in der zweiten Hälfte der Berichtsperiode eine kleine Besserung erfahren hat. Da aber die Verhältnisse im Vorjahre vielfach sehr ungünstig waren, so ist das Stehengeblieben ein schlechter Trost und die vereinzelte unerhebliche Besserung darf um so weniger überschätzt werden, als ihr Verschlechterungen an nicht wenig Stellen gegenüberstehen. Im Allgemeinen die gleichen Lohnsätze wie im Vorjahre konstatirt die Berichtserfasser für Ost- und für Westpreußen; letzterer giebt eine Lohnabelle der Schichau'schen Werft, aus welcher hervorgeht, daß hundert Personen mit einem täglichen Verdienste von über vier Mark, 1204 Personen mit einem Verdienste von weniger als vier Mark (Jahresdurchschnitt 786 Mark) gegenüberstanden, und machte dazu die bezeichnende Bemerkung: „Die hier gezahlten Löhne sind für diese Verhältnisse als ungewöhnlich hohe zu bezeichnen und können deshalb keinen Anhalt für die Beurtheilung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung im Allgemeinen bieten.“ Einen ungefähren gleichen Stand der Löhne wie im Vorjahre konstatirt ferner die Berichtserfasser für Westpreußen, für Magdeburg, Schleswig, Hannover, Rassel, Wiesbaden, Trier, Aachen. Bei genauerem Zusehen gewinnt in vielen Fällen dieser angeblich gleiche Lohnstand ein recht eigenthümliches Aussehen, namentlich müßte es vielfach richtiger heißen: Der Preis der Waare Arbeitskraft ist konstant geblieben, aber der Absatz ist zurückgegangen. So notirt der Magdeburger Referent „auf fallendes Herabgehen der Löhne in Ditzelen und Steinbrücken“ und bemerkt weiter, daß sich — trotz des gleichgebliebenen Lohnstandes! — „der durch die häufiger eingetretene Schichtenverfälschung bedingte Lohnausfall in vielen Arbeiterfamilien empfindlich geltend macht“. Auch der Schleswiger Beamte weist von „Lohnherabsetzungen in einer Industrie-Gruppe von größerem Umfange“ zu berichten und bezeichnet die Löhne in einigen mechanischen Werbereien, wo weniger geschickte Arbeiter zum Theil nur sechs Mark die Woche verdienen, als „auffallend niedrig“. Das im Gegentheil zu Magdeburg trotz Verkürzungen der Arbeitszeit die Lohnsätze sich auf der Höhe des Vorjahres erhalten haben, wissen die Referenten für Hannover (Werbereien) und Wiesbaden zu berichten. Letzterer hat in seinem vorjährigen Bericht über den Stand der Löhne gesagt: „Bemerkenswerthe Erhöhungen der Löhne sind nicht bekannt geworden; dagegen ist infolge des Verlustes von Absatzgebiet durch die Schutzölle mancher Länder von einzelnen Seiten eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit und damit verbunden eine Verminderung der Löhne eingetreten.“ Daraus ergibt sich neben anderen, daß es ein recht problematischer Trost ist, wenn im darauffolgenden Jahr die Löhne sich auf der gleichen „Höhe“ gehalten haben. Das gilt in noch stärkerem Maße von der Stetigkeit der Löhne im Aachener Bezirk. Obgleich dort die Geschäftslage in dem hervorstechendsten Industriezweige des Bezirkes, der Textilindustrie, „bestriedigend“ waren, muß der Berichtserfasser konstatiren, daß es mit den in Aachen-Bezirk gleichgebliebenen Löhnen „recht schwierig“ ist, selbst eine kleine Familie zu unterhalten“. Und trotzdem führte der russische Volkstanz in den meisten Krögen und auch in einigen Nadelfabriken zu einer empfindlichen Verminderung der Lohnentnahmen in diesen Betrieben. Wenn es in einem nach des Aufsichtsbeamten Ansicht verhältnismäßig günstig situirten Bezirke schon so ausseht, so kann man sich ungefähre ein Bild machen von den Zuständen, die in weniger „glücklichen“ Distrikten vielfach herrschen. Die Berichte geben dafür leider auch Anhaltspunkte genug. So konstatirt der Berichtserfasser für den Regierungsbezirk Potsdam, daß die wirthschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung durch die gedrückte Lage der Industrie vielfach nachtheilig beeinflusst worden ist“, daß die Fabriken zum Theil mit eingeschränktem Betrieb und verkürzter täglicher Arbeitszeit arbeiteten, wodurch die Arbeitsgelegenheit wie der Arbeitsverdienst beeinträchtigt wurden. Die Folge davon ist eine jammervolle Lebenshaltung: häufig wurden Mittagessen beobachtet, die aus dünnem Kaffee und Brod ohne irgend welche Zutaten bestanden. Der Aufsichtsbeamte beklagt die wirthschaftliche Unwissenheit der meisten Arbeiterfrauen; aber selbst der besten Köchin dürfte es schwer fallen, aus Kaffee und Brod ohne Zutaten ein nahr- und schmackhaftes Mittagessen herzustellen. In der Lohnfrage steht eben auch der Kern der in neuerer Zeit von mehr wohlwollenden als einsichtsvollen Leuten so viel betonten Haushalts-Unterrichts-

frage. „Nicht günstig“ war die wirthschaftliche Lage der Arbeiter im Regierungsbezirk Breslau; zu den auch hier vielfach, vornehmlich in den Maschinen- und Zuderfabriken eingetretenen Kürzungen der Arbeitszeit und dem damit verbundenen Lohnausfall trat hier sogar noch eine Preissteigerung bei den wichtigsten Lebensmitteln. Schlimme Dinge erzählt dieser Beamte von den Wohnungsverhältnissen, auf die wir noch in anderem Zusammenhange zurückkommen haben werden. Erhebliche Einbuße an den Lohnentnahmen infolge Feiertagslücken sind in Oberschlesien, namentlich im Eisengewerbe zu verzeichnen. Ganz außerordentlich ungünstig lautet der Koblenzer Bericht: „Die an sich schon niedrigen Arbeitelöhne wurden im Berichtsjahre in einer Anzahl von Betrieben noch herabgemindert. Bei den im hiesigen Bezirk gezahlten Löhnen ist es vielen Arbeiterfamilien nicht möglich, sich genügend kräftig zu ernähren.“ Man sieht, der vielgejüngte Vers: „nur am Rhein, da möcht' ich leben“, hat für diese armen Arbeiter eine ganz besondere und zwar eine verzeihliche ernste Bedeutung.

Die vorstehenden Stichproben werden genügen, um das Eingangs Gesagte zu belegen; im Allgemeinen ist, soweit überhaupt die Gewerbeberichte für die Urtheilsbildung maßgebend sein können, von einer Besserung der Lage der Arbeiter ziemlich wenig, von Verschlechterungen nur allzu viel zu verspüren, die wirthschaftlichen Verhältnisse unsere Arbeiterbevölkerung bieten Alles in Allem ein ziemlich düsteres Bild, das zwar nicht gerade ein absolut trostloses genannt werden kann, das aber die ernste Anspannung aller im Staate vorhandenen Kräfte bedarf gründlicher Wendung zum Besseren herausfordert, wenn die Zukunft nicht schlimme Dinge bringen soll. Jenen weisen Politikern und eblen Menschenfreunden, die bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, wie sehr sich die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung im Vergleich zu früheren Zeiten gehoben habe, oder die gar der Meinung sind, es gehe dem Proletariat zu wohl und er sei infolge dessen „übermüthig“ geworden — ihnen ist das erste Stadium der Berichte nach der im Vorstehenden behandelten Richtung hin nicht einträglich genug zu empfehlen.

Politische Rundschau.

Bant, den 21. Juli.

— Berliner Blätter wollen auf Grund einer Mittheilung aus parlamentarischen Kreisen wissen, daß die nächste Reichstagssession (von Mitte Oktober mit Rücksicht auf umfassende große Vorlagen) beginnen werde.

— Der Bundesrath hat, wie bereits von uns gemeldet worden ist, kürzlich einem Antrage mehrerer Ausschüsse, der die Auslegung und Anwendung des § 3, Abs. 2 des Freizügigkeitsgesetzes betraf, seine Zustimmung erteilt. Der Antrag bewachte, eine gleichmäßige Anwendung der Bestimmung herbeizuführen, wonach solchen Personen, die nach Landesgesetzen in einem Bundesstaate Aufenthalt beschränkungen unterliegen oder die in einem Bundesstaate innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholter Bettelns oder wegen wiederholter Landstreicherei bestraft worden sind, der Aufenthalt in jedem anderen Bundesstaate verweigert werden kann. Es soll nun, wie der „Pamb. Cour.“ erzählt, künftighin solchen Personen der Aufenthalt in einem Bundesstaate nicht verweigert werden können, wenn sie in diesem Staate die Staatsangehörigkeit oder einen Unterstüßungswohnort besitzen. Zur Verweigerung des Aufenthalts genügt eine einmalige Verstrafung innerhalb der zweimonatlichen Frist, sofern vor Beginn derselben bereits eine Verstrafung stattgefunden hat. Die Ausweisung darf nicht für länger als die Dauer der Aufenthaltsbeschränkungen oder die Dauer der von der Verbüßung der letzten Strafe wegen Bettelns oder Landstreicherei zu berechnenden zwölf Monate verfügt werden. Aus Bundesblättern, in denen auf Grund landesrechtlicher Bestimmungen bereits nach einmaliger Verstrafung wegen Bettelns oder Landstreicherei ein Aufenthaltsbeschränkung polizeilich verfügt werden kann, soll wegen einer derartigen Aufenthaltsbeschränkung eine Ausweisung nicht erfolgen.

— Internationaler Kongreß für Arbeiter-Subj. Das Organisationskomitee richtet an die Arbeiter aller Länder folgende Ansprache:

Nachdem unser erstes Ziel auf alle uns bekannten Kreise verhandelt worden war, setzte sich das Komitee drücklich noch mit einer größeren Zahl von Anhängern des gesetzlichen Arbeiterkongresses in Verbindung, um sie zur Wirklichkeit am Kongreß einzuladen. Aus den eingegangenen Antworten mußte ersehen werden, daß zwar vielerorts der Gedanke eines Kongresses, der allen Anhängern des gesetzlichen Arbeiterkongresses ohne Unterschied der politischen oder religiösen Richtung offen stehen sollte, lebhaft begrüßt wurde,

daß aber auch andererseits sich auch Mißtrauen zeigte, ob ein solcher Kongreß praktische Resultate ergeben werde. Die Komitees der sozialdemokratischen Parteien von Deutschland und Österreich verhielten sich ablehnend; andere Arbeiterorganisationen ließen sich ohne Antwort oder Wünsche dem Kongreß wohl guten Erfolg, betrauertem aber, ihn nicht beschließen zu können. Unter diesen Umständen sah sich das Organisationskomitee genötigt, zu beschließen:

„In Erwägung, daß ein internationaler Arbeiterkongreß, an dem nicht alle Arbeiterparteien teilnehmen, leicht den proletarischen Charakter, der ihm eigen bleiben muß, verlieren kann, und da es bis dahin nicht gelungen ist, alle Arbeiterparteien zum Besuche des Kongresses zu bewegen, beschließt das Organisationskomitee: Der Kongreß wird bis auf Weiteres verschoben, dagegen ist die Propaganda für das spätere Zustandekommen des Kongresses und sind die dazu geeigneten Unterhandlungen fortzusetzen.“

Das Organisationskomitee giebt hiermit allen Beteiligten von diesem Beschlusse Kenntnis. Es hegt die Hoffnung, es werde gelingen, später einen allseitig besuchten Kongreß zu Stande zu bringen, und ersucht alle Freunde eines solchen Kongresses, in ihren Kreisen dafür Propaganda zu machen. Das Komitee wird bei passender Gelegenheit mit den Vorständen der Arbeiterorganisationen Unterhandlungen einleiten und, sobald solche von Erfolg begleitet sind, weitere Schritte folgen lassen.

Zürich, den 24. Juni 1894.

Das Organisationskomitee.

H. Scherrer, Präsident. P. Greulich, Sekretär.

Die Kulturaufgaben leiden nicht! Die Reichsregierung hat den von dem Komitee für den 8. Kongreß für Hygiene und Demographie erbetenen Zuschuß von 8000 Mark abgelehnt. Das Reichsgesundheitsamt erklärt, die Ausstellung nicht beschließen zu können. Dies geschieht zur Zeit drohender Choleraepidemie, obgleich auf dem Kongreß die Cholerafrage sehr eingehend diskutiert werden soll. Aber woher soll uns das Geld für Fortbildungsschulen, für Volksgesundheit u. dgl. kommen, frägt doch der Militarismus Alles weg.

Ein fehlgeschlagenes ordnungsparteiliches Mandat. Aus den sächsischen Grubenbezirken wird berichtet: Der von elflichen Werkbeamten so eifrig unterstützte und von „allen Gutgesinnten“ so freudig begrüßte Gedanke, einen reichstreu, politisch frommen Bergarbeiterverband in Sachsen zu gründen, scheint bei den Bergleuten wenig Gegenliebe zu finden. Allerdings haben viele dieser Arbeiter zu dem Verbands- und einer an die sächsische Regierung zu richtenden, die „Miß der frommen Denkart“ verfassenden Petition ihre Unterschrift gegeben — aber eine große Zahl dieser Unterschriften wird nach sächsischen Verhältnissen zu würdigen sein. Es hat den Anschein, als ob gerade der Gedanke der Verbandsgründung und die erwähnte Petition die sächsischen Gruben- und Hüttenarbeiter dem alten „Verbands sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter“ in einer außerordentlich hohen Zahl zugeführt habe. Dieser völlig auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Verband gewann allein vom 1. Juni bis 7. Juli nicht weniger als 546 neue Mitglieder und zahlreiche Neuanmeldungen sind in Aussicht gestellt. In einzelnen Bezirken sollen geradezu Massenaufnahmen stattgefunden haben.

Ueberwachung sozialdemokratischer Rekruten. Ueber dieses Thema wird einem Berliner Lokalblatte geschrieben: Die Namhaftmachung der bezeichneten Rekruten in den Ueberweisungslisten der Landwehrbezirke erfolgte zum ersten Mal gelegentlich der Rekruteneinstellung im Jahre 1890. Mit dieser Maßregel ging die Zuteilung eines Teiles des brandenburgischen Erlases an die im äußersten Osten der Monarchie garnisonierenden Truppen Hand in Hand. Vom Jahre 1892 ab trat eine Klassifikation insofern ein, als diejenigen Rekruten, die agitatorisch gewirkt haben, von den entweder regelmäßigen oder nur vorübergehenden Besuchern sozialdemokratischer Versammlungen getrennt aufgeführt werden. Diese Mannschaften werden in unauffälliger Weise überwacht. In der dienstlichen und außerdienstlichen Behandlung des Soldaten, der vor seiner Einstellung der sozialdemokratischen Partei angehört hat, den anderen Mannschaften gegenüber wird nicht der geringste sonstige Unterschied gemacht. — Nach unseren Erfahrungen hat auch schon vor 1890 eine Verhinderung über die politischen Anschauungen einzelner Rekruten stattgefunden, ob aus den brandenburgischen Aushebungbezirken, wissen wir allerdings nicht. Wichtig ist auch nicht, daß diese Rekruten, die als Sozialdemokraten benannt worden, nur in unauffälliger Weise überwacht und die Behandlung die gleiche sei, wie bei anderen Rekruten. Der Befehl von oben mag wohl so lauten, aber ausgeführt wird er nicht immer in diesem Sinne. Wir wissen wenigstens mehrere Fälle, wo die als „Sozialdemokraten“ benannten oder als solche bekannten Rekruten von ihren direkten Vorgesetzten viel auszuhalten hatten. Im Uebrigen aber wird die Ueberwachung, auch die generelle, an dem Einbringen des „sozialdemokratischen Gutes“ nichts ändern.

Ueber die Thätigkeit der Sozialdemokratie im bayerischen Landtag sprach in einer Volksversammlung in Nürnberg der Abgeordnete Grillenberger. Er führte unter braunem Beifall der Versammlung aus, daß die Sozialdemokratie auch ferner darüber machen werde, daß die größere Selbstständigkeit Bayerns in sich schließenden Einrichtungen, nicht der sogenannten Reichseinheit, der preussischen Vieldaube, zum Opfer fallen. Nenne man diese, von manchen norddeutschen Parteigenossen nicht völlig verstandene Stellungnahme Partikularismus, so sei diesem in der angebotenen Hinsicht Berechtigung nicht abzuspüren. Grillenberger kündigte an, daß die erste Arbeit der Sozialdemokratie bei Beginn der nächsten

Landtagssession die Wiederbringung ihres Landtagswahlgeschwehtwerkes sein werde.

Das Verbot der 11 gewerkschaftlichen Versammlungen in Nürnberg erfolgte, „weil Frauen und Minderjährige Zutritt haben sollen, obwohl denselben nach Art. 15 des Vereinsgesetzes im Zusammenhange mit einem oberstgerichtlichen Erkenntnis vom 29. Mai 1876 die Teilnahme an politischen oder an solchen Versammlungen, welche von politischen Vereinen veranstaltet werden“, unterliegt ist. Daß trotz Vereinseges und angeführtem Erkenntnis an anderen Orten Bayerns bei gewerkschaftlichen Versammlungen die Anwesenheit von Frauen gestattet wird, ist an dieser Stelle schon des Oestern betont worden. Daß die Einladungen zu den verbotenen Versammlungen nicht von einem Vereine ausgingen, haben wir schon gemeldet; und die Minderjährigen hätten doch bei Beginn der Versammlungen ausgewiesen werden können. Der § 102 des bayerischen Ausführungsgesetzes, auf Grund dessen das unverkündliche Verbot erfolgte, lautet: Die Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes sind verpflichtet, durch Aufsicht und Anhalten den Uebertretungen der Strafgesetze möglichst vorzukommen und dieselben in ihrem Laufe zu unterdrücken.“ Durch Anziehung dieses Paragraphen wird die Maßregel nicht veränderlich. Welches „Strafgesetz“ durch die gewerkschaftlichen Versammlungen übertreten werden sollte, ist nicht ohne Weiteres ersichtlich. Im „Frank. Kur.“ wird gesagt: „Das sozialdemokratische Blatt hatte von einem Massenaufgebot der hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen gesprochen.“ Das mag ja nun sehr schauerhaft sein und dem Herrn Bürgermeister sehr erschreckend gelungen haben, aber eine Uebertretung der Strafgesetze ist mit einer solchen Aeußerung doch noch nicht gegeben. Es bleibt immer nur wieder das Vereinsgesetz, das mit diesen gewerkschaftlichen Versammlungen nichts zu thun hat. Man kann deshalb nur wünschen, daß die Einkerker der Versammlungen ihre Bekämpfung energisch verfolgen.

Aus Sachsen. Ueber die unerhörte Behandlung unserer Genossen und willkürliche Auslegung der Vereins- und Versammlungsgesetze durch die Behörden wird dem „Sozialdemokrat“ aus Schön i. B. geschrieben: Der hiesige Arbeiterverein muß 13 M. Strafe zahlen, weil der Behörde nicht rechtzeitig die Belege über die Ausgaben zur diesjährigen Reise eingereicht waren. Der Verein wollte von Nichtmitgliedern 20 Pfg. von Mitgliedern und deren Frauen 10 Pfg. Entree erheben, jedoch verlangte die Behörde, Jeder müsse 20 Pfg. zahlen, widrigenfalls die Reise nicht stattfinden dürfe. Den Ueberschuß zog die Behörde ein. — Für nicht rechtzeitige Einreichung der Mitgliedsliste sollen fernere 20 M. Strafe gezahlt werden. — In einer öffentlichen Volksversammlung am 31. Mai mußten sämtliche männliche Personen unter 25 Jahren und die Frauen den Saal verlassen. — Am Tage der letzten Stichwahl mußten auf Anordnung des Bürgermeisters alle fremde Genossen die Hauspforte der verschiedenen Wahllokale verlassen. — Wegen einer Zusammenkunft der Flugblätter und Stimmzettelteiler zur Wahl von Gerich im 23. Kreise fanden bereits 6 Vernehmungen statt, ein Prozeß wegen geheimer Versammlung soll bevorstehen. — Alle diese Maßnahmen sind innerhalb 6 Wochen an diesem einzigen Orte Sachsens seitens der Behörden und ihrer Ueberorgane getroffen worden. Das „Sächs. Volksblatt“ sagt hinzu: „Es liegt System in dieser politischen Tortur! Ja, es ist eine Tortur und die Arbeiter sind auch nur Menschen, mit Empfänglichkeit und Gefühl für Recht und Unrecht begabt. Einzig ihr politischer Takt bewahrt sie vor sonst unvermeidlichen Karambolagen.“

Die Sünden der Väter. Der ultramontane „Offenb. An.“ berichtet von einer Versammlung des katholischen Männervereins zu Troisdorf: „Der Vorsitzende sprach über die Emorung des französischen Präsidenten Carnot. Dieser schreckliche Mordmord — führte er aus — zeigt uns wieder, wie die Sünden der Väter von der göttlichen Gerechtigkeit an Kindern und Enkeln gestraft werden. Der Großvater des ermordeten Präsidenten war einer Derjenigen, die das Todesurteil des unglücklichen Königs Ludwig XVI. unterschrieben, zeichnete sich überhaupt durch wütenden Haß gegen Kron und Altar aus und brachte dadurch Laufende auf das Schaffot.“ Also die göttliche Gerechtigkeit besteht darin, daß der Enkel unter dem Dolch eines Mörders das Leben lassen muß, weil der Großvater vor hundert Jahren ein Todesurteil mitunterschiedete. So wird der Herrgott von dem Präses eines katholischen „Männer-Vereins“ — wahrscheinlich von einem Pfaffen — zum Urheber eines anarchistischen Verbrechens gekempelt.

Vom Berliner Bierbojott. In einer Versammlung der Saalbesitzer Berlins und Umgegend, die am Donnerstag stattfand, wurde die Gründung eines Vereins der Saalbesitzer über die Dauer des Bojotts hinaus beschlossen, um die angelegliche Hygiene der Sozialdemokraten zu brechen. In dieser Versammlung wurde auch mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft hauptsächlich gegen die Bojottkommision strafrechtlich vorgegangen ist.

Dem früheren Redakteur des „Sozialist“, Landauer, der zur Zeit eine eifromalige Gefängnisstrafe abbüßt, soll, wie bürgerliche Blätter melden, die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst entzogen worden sein.

Als Großmeister des Antisemitenthums spielt der Klown A. H. Ward sich immer mehr auf. Er hat es jetzt unternommen, die verschiedenen antisemitischen Gruppen, die sich gegenseitig auf das Heftigste bekämpfen, unter einen Hut zu bringen, und erklärt, daß, wenn eine Einigung nicht zu Stande komme, er eine neue Volkspartei auf antisemitischem Boden gründen müsse. Mit Wödel sei er im Wesentlichen einig, dagegen darüber erbot, daß die Antisemiten in Pommern

ihm nicht ohne Weiteres Beifolge leisten wollen, er hat ihnen getrotzt, daß, wenn sie sich nicht zu seinem Standpunkt in besserer Zeit bekennen, er ihnen die Wählermassen, die ihm gerade dort anhängen, einfach fortnehmen werde. Man darf hiernach auf die weitere Entwicklung im antisemitischen Parteiwesen gespannt sein.

Frankreich.

Paris, 20. Juli. Die Deputiertenkammer setzte die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unterdrückung des Anarchismus, ohne Zwischenfall fort. Mehrere Amendements, welche dahin gingen, daß den Schwurgerichten die Beurteilung der Vergehen der anarchistischen Presse erhalten bleibe, wurden abgelehnt. Charpentier (Sozialist) vertrat seinen Antrag, wonach zwischen der Aufreißung von Militärpersonen zum Ungehorsam in Friedenszeiten und in Kriegzeiten ein Unterschied gemacht werden soll, und rief starke Bewegung hervor. Der Präsident erteilte mehrere Ordnungsrufe. Das Amendement Charpentiers wurde mit 426 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Hierauf nahm die Kammer den Artikel 1 des Gesetzentwurfs, wonach die Vergehen der anarchistischen Presse den Justizpolizeigerichten überwiesen werden, mit 297 gegen 205 Stimmen an.

Schweiz.

Bern, 19. Juli. Am 15. Juli fand im Kanton Bern eine Volksabstimmung statt über das Baugesetz und das Gesetz über den Betrieb der Wirtschaften. Von den 116 000 Stimmberechtigten des Kantons Bern erschienen nur 46 000 an der Urne, um über zwei Gesetze den Entscheid zu fällen. Das Baugesetz wurde mit 26 170 gegen 16 590, das Wirtschaftsgesetz mit 27 480 gegen 17 927 Stimmen angenommen. Das letztere Gesetz legt schärfere Bestimmungen über den Betrieb der Wirtschaft fest und macht deren Errichtung von „lokalen Bedürfnis“ abhängig. Es wurde von der konservativen Volkspartei und der Sozialdemokratie beklämpft. Seit der Einführung der neuen Verfassung wurden die Bezirksbeamtenwahlen, Regierungsratswahlen, Gerichtspräsidenten u. s. w. zum ersten Male durch das Volk gewählt. Im alten Kanton wurden die bisherigen Beamten bestätigt, im neuen jurassischen Kantonsstheil aber, der katholisch ist und dessen erste Vorschläge früher in der Regel durch den Großen Rath übergangen wurden, siegten in drei Kantern die Ultramontanen über die vereinigten Freimünnigen. Der Wahlkampf war dort ein sehr erbitterter, auf dessen Ausgang man allerwärts gespannt war.

England.

London, 19. Juli. Die seit dem großen Streit im Vorjahre zwischen den Grubenarbeitern und den Grubenbesitzern schwebenden Streitpunkte sind von dem eingeleiteten Schiedsgerichte durch folgende Bestimmungen besiegelt: 1) Vom 1. August 1894 bis zum 1. Januar 1896 tritt eine 5pro. Reduktion der letzten beiden Löhnerhöhungen ein; 2) vom 1. August 1894 bis zum 1. August 1896 sollen die Löhne mindestens 30 Pros., höchstens 45 Pros. höher als diejenigen von 1888 sein; 3) vom 1. Januar 1894 bis zum 1. August 1896 wird das Schiedsgericht die Löhne in den Grenzen der zweiten Bestimmung festlegen.

Amerika.

Chicago, 18. Juli. Der Gouverneur von Illinois, Altgeld, und der Bürgermeister von Chicago, Hopkins, haben beide dem Befehlshaber des Bundesmilitärs in Chicago, General Miles, erklärt, daß die Milizen fortan ohne Hilfe der regulären Truppen der Lage gemachen wären. General Miles meinte aber, die Zeit zur Zurückziehung des Militärs sei noch nicht gekommen. — In Guittrie in Orlahoma haben bedeutende Ruhestörungen stattgefunden. Auf der Wood Island Eisenbahn ist eine Brücke mittels Dynamit in die Luft gesprengt worden. Vielfach sind auf die durchfahrenden Militärszüge Schüsse abgefeuert und die Telegraphenbrände abgeschnitten worden. 150 holländische Arbeiter der Pullman'schen Fabriken kehrten heute an die Arbeit zurück. Zimmer mehr Fleischer arbeiten in den Viehhöfen. Auf der Northern-Pacific-Bahn wurde heute der Versuch gemacht, unweit der Stadt Missoula (Montana) einen Militärszug zum Entgleisen zu bringen. Glücklicherweise wurde Niemand verletzt, obwohl die Dynamitbombe, welche auf die Schiene gelegt war, explodirte und die Lokomotive sowie mehrere Wagen beschädigte. Die Streikenden lehnen entschieden jede Verantwortung für solche Attentate ab.

Parteinachrichten.

Der Braunschweiger Bierbojott ist nun über sämtliche Brauereien verhängt worden. Die Volksversammlung, welche diesen Beschluß faßte, war von über 3000 Personen besucht. Weiter waren bekanntlich nur drei Brauereien bojottirt. Auch diejenigen Genossen, welche Anfangs gegen den Bojott waren, traten nun mit aller Entschiedenheit für die Durchführung desselben ein.

Oskar Bröcklich der ehemalige Redakteur der „Volksstimme“ in Burgklat, ist nach Verhängung einer 16monatlichen Haft aus dem Landesgefängnis in Zwidau entlassen worden.

Die „Arbeiter-Zurn-Zeitung“, monatlich einmal in Leipzig-Probstei bei H. Rauch erscheinend, wird jetzt versuchsweise achtfach herausgegeben. Um den Betrieb dieses „Organs für die Interessen der volkstümlichen Turnerei“ zu erleichtern, werden beim Bezug von 10—50 Exemplaren 10 Pct., bei 51—100 Exemplaren 20 Pct., über 100 Exemplare 30 Pct. Ermäßigung des Abonnementpreises gewährt. Die Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes werden hierauf auch hierdurch aufmerksam gemacht.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Ungebleichten baumwoll.
Messel

schöne, feinfädige Waare, für Hemde und allerlei Waschemade vorzüglich geeignet.

89 cm breit,
per Meter 27 Pf.

Bei Abnahme von ganzen Stücken Preisermäßigung.

Beste u. vortheilhafteste
Bezugsquelle
für Farben, Bronzen, Lacke, Firnisse,
Terpentinöl,
Seime, Pinsel, Seifen etc.
ist die
Drogerie zum Rothen Kreuz,
Werktstraße 10.

Billiger wie jede Konkurrenz!
Trauer-Kränze
Korbeerkränze von 75 Pf. an, Palmenkränze von 1,50 M. an, Brautbouquets von 3 M. an, Kirchen-Decorationen zum Preise von 5 M. — Ferner empfehle ich:
Blühende Pflanzen sowie
Blatt-Pflanzen.
Oscar Renken,
Kunst- und Gärtnereibetrieb,
Wilhelmshaven, Moonsstraße 39.
Filiale: Bismarckstraße 56.

Waarenhaus
B. H. Bührmann.

Barchend-Hemde
Blauleinene Kittel
Echtblaue Pilot- u.
Engl. Leder-Hosen
in den allerbesten wäschest.
Qualitäten zu
unerreicht billigen
Preisen.

Wirklich gute dauerhafte
Sohlen-Ausschnitte
aus allerbestem Wild- und Jagd-Schleider, deutscher und amer. Gerbung, erhält man sehr preiswerth in der Leder-Fabrikation von
C. Oker, Neuheppens, Altestr. 17
sowie in deren Verkaufsstellen: in Bant bei den Herren **Louis v. Haden, Werkstr. 9,** und **G. Müller, N. Wilhelmshavenstr. 27.**

Einziges Lager
komplet fert. Särge.
Th. Popken,
Bismarckstraße 34a.

Öffentliche
Bäcker-Versammlung

Sonntag den 22. Juli, Nachm. 4 Uhr
im Lokale des Herrn **Seilemann „Zur Arche“** in Bant.
Tages-Ordnung:
1. Petition an den deutschen Bundesrath betr. Regelung der Arbeitszeit. — 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen aller im Bäckereibetriebe beschäftigter Gesellen, wie auch der Bäckermeister zur Unterschrift der Petition wird freundlich gebeten.
Der Einberufer.

Bither-Klub Bant-Wilhelmshaven.
Sonnabend den 28. Juli
Abends 8 Uhr:
Stiftungs-Fest
in der Tonhalle des Herrn **Raschke.**
Entree: Konzert 30 Pf. resp. 40 Pf., Ball 75 Pf.
Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Herren **Junge, Werkstraße, und Cornelius, „Banter Hof“,** sowie bei den Mitgliedern des Vereines.
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Rüstringer Hof.
Heute Sonntag:
Großes Familien-Kränzchen
Anfang 7 Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein
Th. Frier, Ulmenstraße.

Machen Sie freundlichst einen Versuch mit den
Hischen Flanell-Hemden à Stück 6 Mark.
Dieselben erfreuen sich seit Jahren wegen ihrer
vorzüglichen Beschaffenheit allgemeiner Aner-
kennung. Eigene Herstellung, daher weitgehende
Garantie! Verkauf der Flanelle meterweise in
allen Farben zu billigsten Preisen. —

ff. Californischen Portwein
sowie großes Lager anderer Weine u. Spirituosen
in nur bester Qualität,
ff. Cigarren und Tabak in billigster Preislage
hält bestens empfohlen
Th. Joel, zum „Jadebusen“, Tonndeich.

Das beste und billigste. Von ersten Autoritäten
warm empfohlen; vielfach preisgekrönt.
10jähriger grosser Erfolg. Man
verlange in der hiesigen Niederlage
umsonst kleine Bro-
schüre über
Vogelfütter.
Unüber-
troffen für Kanari-
envogel, einheimische
Finken, Amseln, Drosseln,
Staare, Nachtigallen, fremde Pracht-
vögel, Papageien usw. Ab Köln, umsonst illustr.
Kataloge über Käfige, Preislisten über alle Arten Vögel.
Gustav Voss, Hoflieferant, Köln.
Probepackete à 10 Pf. in der hiesigen Niederlage bei:
Rud. Kell, Bant, „Drogerie Rothes Kreuz“.

Redaktion, Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.



Geflügel-
Ausstellung

am
26., 27., 28. und 29. Juli
während des Schützenfestes auf
dem Schützenplatze zu
Jever.
Zu zahlreichem Besuche ladet
ergebenst ein
Der Vorstand
des Vereines für Geflügelzucht und
Vogelschutz für Jever und
Jeverland.

Selters u. Brause
in stets frischer Füllung empfiehlt
C. Sadewasser.

Codes-Anzeige.
Am Donnerstag den 19. d. M.
starb mein lieber Mann, unser guter
Vater und Großvater, der Arbeiter
August Veith
im Alter von 60 Jahren. Um stille
Theilnahme bitten
Die trauernde Wittwe
nebst Kindern und Kindeskindern.
Wilhelmshaven, 21. Juli 1894.
Die Beerdigung findet Montag
den 23. Juli, Nachm. 3 Uhr, vom
Sterbehause, Siefstraße 4, aus statt.

Codes-Anzeige.
(Statt besonderer Mittheilung.)
Gestern Abend 5 1/2 Uhr entschlief
meine liebe Frau und meiner vier
kleinen Kinder treuversorgende Mutter
im Alter von 33 Jahren, wofür
ich Freunden und Bekannten hiermit
tiefbetrübt zur Anzeige bringe.
Bant, den 21. Juli 1894.
Der trauernde Gatte:
Bernhard Heeren
nebst Kindern, Großmutter,
und Verwandten.
Die Beerdigung findet Montag den
23. Juli, Nachm. 3 1/2 Uhr, vom
Trauerhause, Wilhelmshavenstr. 2,
aus statt.

Codes-Anzeige.
(Statt besonderer Mittheilung.)
Freitag Mittag 1 Uhr entschlief
samt nach vierzehntägiger Krankheit
unser innigstgeliebte Tochter
Eise
im zarten Alter von acht Monaten,
was wir hiermit allen Verwandten,
und Bekannten tiefbetrübt Herzogs
zur Anzeige bringen. Um stilles Beileid
bitten
Die trauernden Eltern:
G. Kohl u. Frau
nebst Angehörigen.
Die Beerdigung findet Montag,
Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause,
Nordstraße 7, Bant, aus statt.

Hierzu eine Beilage.

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Etatsjahr 1893-94

werden vom „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Dieselben haben sich nach dem Finanzabschluss der Reichshauptkasse, abgesehen von den außerordentlichen Deckungsmitteln angezeigten Ausgaben, im Vergleich zum Etat in runden Summen wie folgt gestaltet:

Für das Reichswehr sind bei den Kontingents-Verwaltungen von Preußen, Sachsen und Württemberg an fortbauenden Ausgaben (mit Einschluß der diese Verwaltungen angehenden Titel des allgemeinen Pensionsfonds) 5 915 000 M. mehr und an einmaligen Ausgaben 5 571 000 M. weniger erforderlich gewesen. An Einnahmen sind im Bereiche der Militär-Verwaltung 916 000 M. mehr aufkommen. Bei dem Reichswehr stellt sich hiernach das Gesamtergebnis gegen den Etat um 3 428 000 M. ungünstiger.

Zusätzliche sind bei der Naturalversorgung, dem Remontewesen, den Ausgaben für Reisekosten, Tagegelde und Transportkosten, sowie bei dem Artillerie- und Wasserwesen und dem allgemeinen Pensionsfonds erheblicher Mehrbedürfnisse herorgetreten, welchen indes Ersparnisse nur bei der Selbstversorgung, sowie bei der Bekleidung und Ausrüstung der Truppen gegenüberstehen.

Die Ausgaben der Marine, einschließlich ihres Antheils am allgemeinen Pensionsfonds, haben den Voranschlag um 360 000 M. überstiegen.

Beim auswärtigen Amt betragen die Mehrausgaben 2 656 000 M., bei den Fonds des Reichs-Schatzamt 1 831 000 M. und bei dem Reichs-Invalidentfonds 1 803 000 M.

Eine nennenswerthe Ersparnis ist bei den Fonds des Reichsamt des Innern dadurch entstanden, daß die Ausgabe zu Unterhaltungen an Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften um 1 015 000 M. und der Reichsjustiz um 1 334 000 M. hinter dem Etatsantrag zurückgeblieben ist.

Bei der Reichsschuld ist hauptsächlich in Folge des Umstandes, daß die Anleihe nicht in dem vorausgesehenen Maße zur Ausgabe gelangt ist, eine Minderausgabe von 1 784 000 M. eingetreten. Die übrigen, bei den Hauptabschnitten der Ausgabe eingetretenen Abweichungen vom Etat ergeben noch einen Mehrbedarf von 42 000 M. Im Ganzen übersteigen die Mehrbedürfnisse bei den hier in Betracht gezogenen Ausgabenfonds des ordentlichen Etats die daselbst vorgekommenen Ersparnisse um 6 603 242,61 Mark.

Die Zölle und die Tabaksteuer, von deren Ertrag der Reichschatz nur der feste Antheil von 130 Mill. M. verbleibt, sind hinter dem Etat um 4 517 000 M. zurückgeblieben, wovon 4 495 000 M. auf die Zölle und 22 000 M. auf die Tabaksteuer entfallen. Bei den den Bundesstaaten im vollen Reinertrag zulegenden Steuern sind gegen den Etat aufkommen: bei der Verbrauchsabgabe vom Branntwein 188 000 M. mehr, bei den Stempel-Abgaben für Wertpapiere x. 5 780 000 M. weniger.

Diese Abweichungen von der etatsmäßigen Voraussetzung finden im Reichshaushalt ihren Ausgleich durch entsprechende Ermäßigung bzw. Erhöhung der unter den Ausgaben angeführten Ueberweisungen an die Bundesstaaten. Im Ganzen stellen sich diese Ueberweisungen unter Berücksichtigung der nachträglich bis zum Jahr 1890/91 vorgenommenen Abrechnung auf 338 758 801 M., das sind 10 459 199 M. weniger als im Etat vorgezogen.

Die dem Reich verbleibenden Steuern haben sämtlich gegen den Etat Mehrbeträge ergeben und zwar die Zundersteuer 4 668 000 M., die Salzsteuer 1 733 000 M., die Reichsbootschiff- und Branntweinmaterialsteuer 1 381 000 M., die Branntweinsteuer 1 057 500 M., der Spielkartensteuer 74 000 M., die Wechselstempelsteuer 323 000 M. und die staatliche Gebühr 67 000 M. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat mit einem Mehrüberschuß von 3 138 000 M., die Reichsdruckerei mit einem solchen von 15 000 M. und die Eisenbahn-Verwaltung mit 3 596 000 M. Ueberschuß abgeschlossen, auch die Einnahmen aus dem Bankwesen haben den Etatsantrag um 1 475 000 M. überstiegen.

An verschiedenen Verwaltungen-Einnahmen (mit Einschluß der oben erwähnten eigenen Einnahmen der Militär-Verwaltung) sind 1 662 000 M. mehr aufkommen; das gleiche bei dem Reichs-Invalidentfonds an Zinsen 268 000 M., sodann zur Deckung der oben erwähnten Mehrausgabe bei diesem Fonds eine Erhöhung des Kapitalzuflusses nur um 1 535 000 M. erforderlich war. Außerdem sind noch an Zinsen aus belegten Reichsgeldern, Ueberschüssen aus früheren Jahren und sonstigen Einnahmen zusammen 355 500 M. mehr eingegangen, wogegen an Matricularbeiträgen die durch den dritten Nachtragetat bewilligten 550 000 M. nicht erhoben wurden.

Im Ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich verbleiben, im Vergleich zum Etat 20 803 222,79 M. mehr zur Reichskasse geflossen, und es ergibt sich nach Gegenrechnung der Mehrausgaben von 6 603 242,61 M. für den Reichshaushalt des Etatsjahres 1893/94 ein Ueberschuß von 14 199 980,18 M.

Meister Timpe.

Socialer Roman von Max Kreyer.

11. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ditmals wurden die Bemerkungen so laut gehalten, daß Franz Timpe etwas von ihnen auffing. Er schämte sich dann vor Wuth, schweig jedoch, weil er fürchtete, sich noch lächerlicher zu machen; oder er schlug den alten Weg ein: suchte seinen Vater auf und klagte die Gehilfen der Faulheit und anderer Dinge an. Dadurch machte er sich nur noch verhasster bei den Leuten in der Werkstätt. Sein Trost blieb dann die Zukunft, die Erfüllung der Pläne seines Vaters, die ihn in den Stand setzen würden, bereinst über die Arbeiter zu herrschen und sich für die ertüchteten Verhöhnungen zu rächen. . . . Wie schön war nicht die Aussicht! Das Geschäft würde blühen und gedeihen, er sich emporschwingen, wie Urban es gethan hatte; man würde ihn Chef nennen, eine reiche, schöne Frau würde sich finden, dazu Pferd und Wagen und eine Villa, wie Herr Ferdinand Friedrich Urban sie besaß. Und warum den Gedankenflug nicht noch höher erheben? Schon mancher hatte es bis zum Kommerzienrath gebracht, der wie er, in jungen Jahren begonnen hatte. . . .

Den Kopf voll dieser Träumereien, mit denen ein Heer von Arbeitern, riesige Schornsteine, doppeltürige Geldschränke und Unnummen Geldes sich verbanden, die wie Phantome an ihm vorüber jagten und seine Phantasie belebten, enteilte er auch diesmal der Schwelgerei der Gesellen und machte sich auf den Weg zum Komtor.

IV.

Das Loch in der Mauer.

In den Morgenstunden des anderen Tages — die Gesellen saßen gerade beim Frühstück — ließen plötzlich jenseits der Mauer heftige Weiselschläge sich vernehmen, deren heller Klang die Luft durchdrang. Gerölle von Steinen und Mörtern folgten; hin und wieder wurden Stimmen laut. Man schien etwas abzumessen und seine Meinung darüber auszutauschen. Die Gehilfen wurden aufmerksam, und Thomas Beyer sagte zu Johannes Timpe, der die Werkstätt betreten hatte:

„Hören Sie nur, Meister, da drüben fängt man schon an zu bauen. Urban hat es sehr eilig.“

Der Alte war ebenso überrascht wie seine Leute. Das ging in der That sehr rasch, wenn Beyer Recht hatte. Timpe schritt nach dem Garten hinaus, um etwas von dem Gespräch aufzufangen und seine Beobachtungen in der Nähe zu machen. Die Schläge richteten sich gegen die Mauer. Nach einer Viertelstunde bewegte sich ein Stein in derselben; die Spitze eines Weisels wurde sichtbar. Es dauerte nicht lange, so konnte man eine Öffnung erblicken, die sich nach einer weiteren Viertelstunde so vergrößert hatte, daß das häßliche Gesicht eines Mannes sich zeigte. Der Mann blickte neugierig durch das Loch und nickte dem Meister wie zum Gruße zu. Schlag auf Schlag folgte dann wieder, Stein auf Stein verschwand; die Öffnung erweiterte sich bis zum Boden, bis sie endlich so groß war, daß ein Mensch in gebückter Haltung bequem hindurchschlüpfen konnte.

Meister Timpe wollte gegen den Maurer seinem Umwuth über den herbeiegefallenen Kalk, der seine Beete bedeckte, Lust machen, als durch die Öffnung eine laute Stimme erschallte:

„Guten Tag, mein lieber Herr Timpe! Wo hier wohnen Sie!“

Und Herr Ferdinand Friedrich Urban, ein kleiner, hagerer Mann mit einem schmalen barthlosen Gesicht, auf dessen langer, spitzer Nase eine goldene Brille tronte, repräsentirte sich den erstaunten Blicken des Drechslermeisters.

Dieser Begrüßung folgte ein Wortschwall von Entschuldigungs- und Erklärungsgründen: . . . Ohne Verlässigung für den Nachbar ginge es etwas nicht ab. . . . Der Schutz solle sofort weggeschafft werden. . . . Man wolle die Mauer durchaus nicht abreißen, müsse aber eine Wurzel des Baumes da hinten, die bis unter das Fundament führe, durchschneiden, um Ungeiz zu verhindern. . . . Sämtliche Bäume sollten fallen. . . . und so weiter.

„Wenn Sie erlauben, überschreite ich die feindliche Grenze.“

Bevor noch der verlegene Meister Timpe ein zuvorkommendes: „Bitte, bitte recht sehr.“ ganz zu Ende bringen konnte, hatte Herr Ferdinand Friedrich Urban sich bereits mit der größten Mühsucht auf seinen Zylinderhut durch die Öffnung gewagt und mit einem Sprunge die Beete überschritten. Dann verließ er sich so weit, Johannes Timpe die Hand entgegenzustrecken, die dieser erst ergriff, nachdem er die seine mit der Schürze in Verthörung gebracht hatte, um sie reinlicher zu machen. Ueberhaupt merkte man ihm an, wie außerordentlich geübt er sich durch diesen Besuch fühlte. Er lüftete mehrmals hinter einander die Mütze und setzte sie schließlich in der Verthörung äußerlich schief wieder auf, so daß der Schirm über das eine Ohr ragte. Endlich verfuhr er doch einige zusammenhängende Worte herozubringen, die der Ehre, welcher er durch diesen plötzlichen Besuch theilhaftig wurde, Ausdruck verleihen sollten.

Herrn Ferdinand Friedrich Urban's lange und spitze Nase schnüffelte eine Weile in der Luft herum, als wollte sie die Atmosphäre dieses kleinen Handwerkerheims in sich aufnehmen; die wasserblauen Augen glitten über die Brille hinweg, nach rechts und links prüfend im Kreise herum,

dann sagte er, während die dünnen Finger der rechten Hand eine abwehrende Bewegung machten:

„Schon gut, schon gut, mein lieber Herr Timpe!“ Dabei klopfte er dem Meister auf die Schulter, wie es Jemand zu thun pflegt, der einem Menschen seine Herablassung beweisen will. Dann fuhr er mit seiner hellen Trompetenstimme, die sich wie die eines Knaben anhörte, fort zu sprechen, die Sätze kurz hervorstoßend:

„Die ganze Geschichte dort drüben gehört jetzt mir. Sie werden wohl schon davon gehört haben. . . . Frau Kirchberg ist erst kürzlich meine Frau geworden. . . . Sie haben einmal einen kleinen Streit mit ihr gehabt. Weiß ich, schadet nichts! So etwas wird vergessen. . . . Ihr Sohn wird trotz seiner frühen Vorliebe für verbotene Früchte ein tüchtiger Kaufmann werden. Gewiß, gewiß, ohne Frage!“

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

— Von der Cholera. Die in Berlin an der Cholera erkrankte Frau befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung und wird das Krankenhaus bald wieder verlassen.

— Bei dem jüngsten Erdbeben in Konstantinopel sind 250 Personen getödtet und 500 verwundet worden. Der angerichtete Schaden wird auf 4 bis 6 Millionen Ab. St. geschätzt.

— Vom Bismardarhjel. Der Akt von Seeräuberei, der kürzlich aus dem Bismardarhjel gemeldet wurde, ist erheblich abgetrieben worden. Der Segelschooner „Senta“, der den Angriff erfuhr, ist ein Schiff von nur 76 Tonnen und hat auch nur eine Besatzung von 12, nicht 30 Mann; auch befindet sich auf dem Schiffe keine einzige Kanone. Die Verluste an Mannschaften sind viel geringer als angegeben, ein Weiser, Senf, und zwei farbige sind gefallen und fünf verwundet. Der Angriff der Eingeborenen ist nicht als eine Seeräuberei anzusehen, sondern geschah wohl in Ausführung der Blutrache gegen Personen, die auf dem Schiffe beschäftigt waren. Inzwischen liegt ein authentischer Bericht über den Vorgang vom Stationsvorkleber von Herbersthöhe im „Deutschen Kolonialblatt“ vor. Hiernach hatte die „Senta“, Kapitän Böhmermann, am 30. März Herbersthöhe verlassen, um den kaiserlichen Richter in Amtsgeschäften nach Rusa überzuführen und dann an der Nord- und Nordostküste Neu-Mecklenburgs Arbeiter anzuwerben. Sie segelte längs der Ostküste entlang bis in die Nähe der Gert Denny-Inseln, wo der Kapitän zwei Boote zum Rekrutiren an's Land sandte, das eine mit dem Steuermann Senf zum Anwerben, das andere zur Aufnahme der Angeworbenen und zum Schutze des Rekrutierungsbootes. Das letztere war bei dem Dorfe Duranepa an Land gefahren, während sich das Bedeckungsboot in der Nähe auf See befand. Der Steuermann Senf brachte erst vier große starke Arbeiter nach dem zweiten Boot und dann noch weitere fünf; sodann begab er sich wieder an Land. Jetzt hieben plötzlich die ihn umstehenden Kanaken mit Meizen auf ihn und die Bootsmannschaft ein, während gleichzeitig sich die neun Angeworbenen auf die Besatzung des Bedeckungsbootes warfen und mit ihr aus dem Boot in's Wasser fielen. Mehrere Kanoes, die sich in der Nähe befanden hatten, eilten dem Schauplatz des Kampfes zu und ihre Insassen hieben ebenfalls mit Weizen auf die im Wasser ringenden Sentaleute ein, die sich nach Kräften verteidigten und mit einigen aus dem Boote ergriffenen Gewehren trotz eigener schwerer Verletzungen mehrere ihrer Angreifer tödteten. Als der mit dem Mandariten des Schiffes in dem rissigen Fahrwasser beschäftigte Kapitän mit dem Fernglas diese Wendung der Dinge bemerkte, bemannte er sofort das letzte kleine an Bord befindliche Boot und sandte es mit einem weißen Matrosen und drei entbehrlichen Leuten an's Land. Dasselbe näherte sich der Unglücksstätte unter fortwährendem Schießen, während Kapitän Böhmermann mit einem Vorkajungen von der „Senta“ aus ein Schnellfeuer mit Mausefergewehren auf die am Ufer in großer Menge verammelten Eingeborenen abgab, unter dessen Einwirkung Alle flüchteten, so daß es gelang, den schwerverwundeten Steuermann Senf und vier gleichfalls mehr oder weniger stark verletzte Sentaleute in die Boote und dann diese an das Schiff zu bringen. Daß der Ueberfall vollständig geplant war, dafür spricht, daß die angeworbenen neun Leute alle besonders groß und stark und bereits sämtlich in Samoa oder auf Ouessand gelandet waren und daß sich im Busch eine große Schaar Bewaffneter verborgen gehalten hatte, sowie daß kein Kanoe an das Schiff selbst herankam, sondern daß alle nach den Booten ruderten. — Am 25. April traf die „Senta“ mit dem Verwundeten, welche daselbst sofort ärztlicher Pflege übergeben wurden, wieder in Herbersthöhe ein; der durch Krämpfe in den Oberkörper schwer verwundete Steuermann Senf erlag hier leider nach zwei Tagen seinen Verwunden. Zwei der verletzten Jungen schwanden bei Abgang des Berichtes noch in Lebensgefahr, ein Regematrose und ein Vorkajunge waren bei dem Ueberfall selbst sofort erschlagen worden. — Durch welche Umstände sich die Besatzung des deutschen Schiffes bei den Insulanern verhaft gemacht hat, wird vom Stationsvorkleber nicht berichtet.

— Fernwirkung eines Gewitters. Ein überaus seltener Fall hat sich dieser Tage auf der Station Senfomo ereignet. Ein Arbeiter, der mit der Anbringung

eines Telegraphendrahtes auf einem Telegraphenposten beschäftigt war, stürzte plötzlich vom Blitz getroffen todt herab. Der Körper des Unglücklichen wies 19 Brandstellen auf. Im Augenblicke des Todes des Arbeiters war der Himmel über Stenkowo überaus rein und klar, und keine Spur eines Gewitters war zu bemerken. Nach aller Nachrichten bin telegraphisch angestellte Erhebungen ergaben, daß um jene Zeit in Wladimir, das heißt 114 Kilometer von Stenkowo, ein sehr heftiges Gewitter niedergegangen war.

Schlimme Verwechslung. Vor einigen Wochen hatte der Handelsmann Solomon Barb oder Barber aus Barag dem Adam Gamydo dessen ganze diesjährige Postergzeugung abgekauft und ihm als Drangeld 50 Gulden gegeben. Als der Lieferungsstermin herankam, erklärte der Bauer, daß er den Verkauf nicht einhalten konnte sei, und zeigte sich bereit, als Entschädigung soviel zu zahlen, als der Rabbiner dem Händler auszusprechen werde. Am Freitag kehrten sich beide zum Rabbiner, welcher dem Händler einen Schadenersatz von 10 Gulden zuerkannte, die der Bauer auch sofort erlegte. Im selben Einvernehmen verließen die Widersacher den Seelsorger und führten in eine auf dem Wege gelegene Schänke ein, wo sie sich bis in den späten Abend aufhielten. Da es zu regnen anfing, stellte der in der Nähe wohnende Bauer dem Händler den Antrag, er möge bei ihm übernachten, was dieser annahm. Zu Hause angelangt, bereitete der Bauer in der Scheune ein Lager aus Stroh, wünschte dem Händler gute Nacht und verließ ihn, die Thür der Scheune hinter sich sorgfältig schließend. Dies fiel dem Händler auf, eine namenlose Angst befiel ihn, er stand auf, tappete im Finstern herum, bis er endlich eine weite Thür entdeckte, welche nur von innen durch einen Nadel zugeschlossen war. Er öffnete dieselbe, verließ die Scheune und begab sich nachmals ins Wirtshaus. Zwischen war der Sohn des Bauers in nicht ganz nüchternem Zustande heimgekehrt. Da er die Thür der Scheune offen fand, ging er in dieselbe, legte sich auf das für den Händler bereitete Lager und schlief fest ein. Auf dem Wege ins Wirtshaus begegnete dem Händler ein Gendarm und fragte ihn, wohin er so spät gehe. Der Händler erzählte das Vorgefallene; da der Gendarm dieser Mitteilung jedoch keinen Glauben schenkte und wahrlich über seine Person nicht aufweisen konnte, ging der Gendarm mit diesem zum Bauer zurück. Als auf mehrmaliges Klopfen niemand öffnete, schlug der Gendarm mit dem Kolben des Dienstgewehrs die Thür ein und betrat die Wohnstube. Der Bauer wusch sich eben die Hände, die ganz klug waren. Als der Bauer des Händlers anständig wurde, tief er entsetzt aus: „Ich habe

Dich ja erschlagen!“ Der Gendarm nahm sofort den Bauer fest, durchsuchte das Haus und fand den Sohn des Bauers, der mit durchschnittenem Halse in der Scheune lag.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. B. Metz's Verlag) ist fernem das 42. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Inhalt: Rom Westliche. — Zwei Kapitel aus dem dritten Bande des „Kapitel“. Von Karl Marx. — Eine Schwarzgeburt. Von Nagawa. Literarische Rundschau. — Feuilleton: Von unten nach oben. Eine Novelle von Karoline Frei nach den Russischen (Fortsetzung). — Heft 9 des Zeits „Zeits“, herausgegeben von Emanuel Burm; Verlag des Wörten u. Comp., Nürnberg, ist loben erregend und enthält folgende güdige Artikel: Arbeiterbewegung in der Schweiz (Schluß), in Spanien, Ungarn, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Arbeiter-Verhältnisse, Einrichtungen, Arbeiterwohnungsfrage, Arbeiter-Verhältnisse, Arbeiter-Schicksal, parner ship, Bonus, Produktions-Zuständen, eherner Schloß, parner ship, Bonus, Produktions-Zuständen, Arbeiter-Schicksal (Schluß), Arbeiter-Schicksal durch die Gewerkschaften, Recht auf Arbeit, Arbeitsnachweis (im In- und Auslande), Arbeiterbewegungen, Argentinien, Armenwesen (I. Begriff und Geschichte). — Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Bauer und Edelmann in Preußen. Nach einem Vortrag von Dr. Kronß, gehalten im Sozialdemokratischen Arbeiter-Verein zu Frankfurt a. O. 1 Bogen stark. Preis 5 Pfennig, in Kassenabzug von 1000 Stück und mehr 3 Pfennig. — Verkaufspreis 10 Pfennig. — Dieses Schriftchen ist zur Berechtigung für das platte Land bestimmt und enthält eine Reihe geschichtlichen Materials, durch welches dem Bauer der Beweis geliefert wird, wie der Adel schon in früheren Jahrhunderten unter dem Vorgeben, die Interessen des Bauers zu vertreten, voraus bedacht war, den Letzteren von Haus und Hof zu verdrängen, den Grund und Boden bestehlen an sich zu reißen und den Erbauer Bauer selbst in jeder Weise tributpflichtig zu machen. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo die Grundgrundbesitzer an der Arbeit sind, dem Bauer begreiflich zu machen, daß sie nicht nur für das Wohl derselben eintreten, während sie doch nur im Irdischen sitzen wollen, dürfte diese Broschüre geeignet sein, dem kleinen und mittleren Bauernstand darüber die Augen zu öffnen, was sie in Rücksicht unter Umständen von diesen angeblichen Helfern zu halten und zu erwarten haben. — Zu beziehen durch den Verlag der „Karlischen Volksstimme“ (Hr. Buder u. Co.)

Marktbericht

vom Sonnabend, den 21. Juli 1894.

Table with market prices for various goods like Schweinefleisch, Rindfleisch, Hammelfleisch, etc. with columns for price and quantity.

Vereins-Kalender.

Sonnabend, den 21. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann. Öffentliche Wäcker-Versammlung am Sonntag den 22. Juli, Nachmittags 4 Uhr, bei Heilemann. „Verein deutscher Schuhmacher“. Montag den 21. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Heilemann. „Verband der Maurer“. Dienstag den 24. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Wwe. Wojcizkowska. „Verband der Bauarbeiter“. Mittwoch den 25. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann. „Verband deutscher Zimmerer“. Freitag, 27. Juli, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Eilers, Heppens. „Maler-Fachverein, Palette“. Sonnabend, 28. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Heilemann. „Bürgerverein Heppens (weil. Theil)“. Sonnabend, den 28. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Sabewasser, Tonndorf. „Freiwillige Feuerwehr“. Mittwoch den 25. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Vereins-local.

Sonder-Personenzüge.

welche bis einschließlich 23. September 1894 an den unten bezeichneten Sonntagen zu ermäßigten Preisen verkehren. Wilhelmshaven und Jevers-Bockhorn-Mühlentrich.

Table with train schedules for stations like Wilhelmshaven, Borsb. Stationen, and dates from July 22 to August 23.

Schwasser.

Sonntag den 22. Juli . . . Vorm. 3.46 Nachm. 3.52. Montag den 23. Juli . . . Vorm. 4.10 Nachm. 4.17.

Advertisement for Wulf & Francksen, featuring a diamond logo and a table of bed prices for various models (Nr. 10, 10b, 11, 12).

Advertisement for Vereins- u. Konzerthaus „Zur Arche“ featuring a large ball announcement for Sunday with ticket prices and contact information for Conrad Heilemann.

Advertisement for Central-Halle Bant featuring a large ball announcement for Sunday with free entrance and contact information for C. Zwingmann Wwe.

Advertisement for Schützenhof zu Bant featuring a large ball announcement for Sunday with ticket prices and contact information for F. Tenckhoff.

Advertisement for „FLORA“ featuring a large ball announcement for Sunday with ticket prices and contact information for M. Weiske.

Advertisement for Gasthof „Cap Horn“ featuring a large ball announcement for Sunday with ticket prices and contact information for E. Decker.

Advertisement for Zum Mühlengarten featuring a large ball announcement for Sunday with ticket prices and contact information for Wwe. Winter.